

Rheinischer Anzeiger.

80. Jahrgang.

Amtliches
für den westlichen Teil
umfassend die
Stadt- und Landgemeinden



Kreis-Blatt
des Rheingau-Kreises.
des vorm. Amtsbezirks
Rüdesheim am Rhein.

Bezugspreis: viertel-
jährlich M. 6.—, in
der Geschäftsstelle ab-
geholt M. 5.80; durch
die Post bezogen viertel-
jährlich M. 6.— ohne
Bestellgeld.

Anzeigenpreis:
die kleinste (Petit) Zeile
ab. deren Raum 20 Pfg.
Ankündigungen vor und
hinter d. redaktionellen
Teil (soweit inhaltlich
zur Aufnahme geeignet)
die Petiteile ab. deren
Raum 60 Pfg.
Beide Preise bis auf
weiteres mit 25%
Erhöhungszuschlag.

Einzige amtliche
Rüdesheimer Zeitung.

N. 82

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Dienstag, 13. Juli

Verlag der Buch- und Streichdruckerei
Fischer & Metz, Rüdesheim a. Rh.

1920.

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Delegierte der internationalen Oberkommission
des Rheingaukreises.

Rüdesheim, den 7. Juli 1920.

An

den Herrn Landrat.

Ich beehre mich, Sie davon in Kenntnis zu
setzen, daß künftighin die Ausschmückung (das
Beslaggen) mit den National-Flaggen oder an-
deren untersagt ist, wenn nicht 48 Stunden vor-
her dem Delegierten der internationalen Oberkommission
im Rheingaukreis Meldung gemacht ist.

Diese Meldung muß enthalten: Grund der
Ausschmückung (des Beslaggens), Orte und Stellen,
wo sie stattfinden soll. Der Delegierte der inter-
nationalen Kommission hat Befugnis, die Geneh-
migung zu erteilen, solche zu verweigern oder die
Art der Ausschmückung (des Beslaggens) zu regeln.
Dieser Beschluß hebt alle früheren Befehle oder
Beschlüsse in dieser Frage auf.

Ich bitte Sie, den Zivilbehörden hiervon in
geeigneter Weise Kenntnis zu geben.

ges. Tamburini

F. B. 519.

Wird veröffentlicht. Die Polizeiverwaltungen
und Ortspolizeibehörden des Kreises erlaube ich
um sofortige entsprechende örtliche Bekannt-
machung.

Rüdesheim, den 10. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mühlens.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung des Herrn Landrats zu St.
Goarshausen ist in den Gemeinden Oberbachheim
und Ehr die Maul- und Klauenseuche amtlich
erklärt festgestellt worden.

Die erforderlichen Schutzmaßnahmen sind an-
geordnet.

Rüdesheim, den 8. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mühlens.

Die Entente-Forderungen angenommen.

Die Ueberlegungspause.

Berlin, 9. Juli. Ueber die Lage im Augenblick der
Ueberreichung der Forderungen der Alliierten berichtet
ein Korrespondent: Der deutschen Delegation kam der
Ernst des Augenblicks ganz zum Bewußtsein.
Es war für die deutsche Delegation natürlich schwer, sich
im Saal am Konferenztisch untereinander über das, was
geschehen sollte, zu verständigen. Der Vorsitzende De-
lauroz sieht dies ein und ist bereit, die Sitzung auf eine
halbe Stunde zu unterbrechen, um den Delegierten Ge-
legenheit zu geben, sich über das Protokoll zu beraten.
Die deutsche Delegation lehnt das ab. Die
Lage verlangt eine gründliche Ueberlegung. Im
Sitzungslokal entsteht eine gewisse Verwirrung
durch das deutsche Zögern. Die deutsche Delegation
erklärt, sie müsse sich ausführlich beraten und mit
Berlin sprechen. Simons begründet den deutschen
Standpunkt mit scharfen Worten. Die Sitzung wird
darauf aufgehoben.

Seidts Standpunkt.

Paris, 9. Juli. Das „Echo de Paris“ ist in der

Lage, über die Vorgänge innerhalb der deutschen Dele-
gation folgendes mitzuteilen:

„Die Deutschen treten unmittelbar, nachdem die
Konferenz vertagt worden war, zu einer Beratung im
Hotel Annette Rubin zusammen, wo sich sofort eine
lebhafte Debatte entspannt. Der deutsche Außen-
minister war für Annahme der Deutschland ge-
stellten Bedingungen, indem er durchblicken ließ, daß mit
der Uebereinstimmung unter den Alliierten in
einem halben Jahre vielleicht nicht mehr zu
rechnen wäre. General von Seeckt wandte sich gegen
Dr. Simons und verlangte die Ablehnung der
Bedingungen. Er gab seiner Ueberzeugung Ausdruck,
daß über kurz oder lang die Alliierten dem
Drängen Frankreichs nachgeben und zur Befreiung
des Ruhrgebiets schreiten würden. Unter solchen
Umständen wäre es vorzuziehen, die schlecht eingeleitete
Partie endgültig aufzugeben und die Alliierten vor die
Tatsache zu stellen, daß Deutschland keine Regierung habe.“

Die Annahme der Entente-Bedingungen.

Spa, 9. Juli. 1.50 nachmittags. Nach der Füh-
lungnahme mit den in Berlin anwesenden Re-
gierungsmitgliedern hat die deutsche Delegation heute
vormittag einstimmig den Beschluß gefaßt, die von
den Alliierten vorgelegten Bedingungen für die Ent-
waffnung anzunehmen und zu unterschreiben mit der Ein-
schränkung dagegen, daß die Annahme sich nicht auf
die Strafbestimmungen erstreckt, daß deren An-
nahme einer Änderung des Versailler Frie-
densvertrages gleichkommen würde, zu einer sol-
chen würde es aber einer Ratifikation durch den
deutschen Reichstag bedürfen.

Spa, 9. Juli. Die Deutschen haben das von den
Alliierten vorgeschlagene Abkommen unterzeichnet, nach-
dem sie erklärt hatten, daß keine Bestimmung des Frie-
densvertrages von Versailles sie zwingen würde, neue
Gebietsbesetzungen sich gefallen zu lassen, es sei denn
im Falle einer Nichterfüllung der Wiedergutmachungs-
bestimmungen.

Die Kohlenfrage nach der Entente-Entscheidung.

Spa, 9. Juli. In der Frage der Kohlenlieferungen
haben die Alliierten sich auf folgende Formel geeinigt:

1. unbedingte Priorität der Alliierten für die deutsche Kohlenausfuhr,
2. Errichtung einer ständigen Kohlenüberwachungsstelle in Berlin.

Dieser Entschluß der Alliierten wird den Deutschen
heute in einer Note bekannt gegeben werden.

m. Spa, 9. Juli. Die Sitzung wurde um 12 Uhr
mittags wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung
stand die Bestrafung der Schuldigen. Der deutsche Jus-
tizminister Dr. Heineke setzte auseinander, wie weit das
Verfahren gegen die Schuldigen vor dem
Reichsgericht in Leipzig vorgeschritten sei. Lloyd
George gab der Ansicht Ausdruck, daß die Frage noch
nicht so weit gefördert sei, um in der Konferenz be-
sprochen zu werden. Es müsse vorher eine Zusammen-
kunft zwischen den deutschen und den alliierten Ministern
stattfinden. Wenn diese nicht zu einer Uebereinkunft ge-
langen sollten, würde die Angelegenheit wieder vor die
Konferenz kommen. — Die deutsche Delegation stimmte
dem Verfahren zu und erkannte an, daß Deutschland
ebenso viel Interesse wie die Alliierten daran habe, die
Verbrecher gegen die Kriegsgesetze zu bestrafen.

m. Spa, 9. Juli. Die Sonderbesprechung
der Justizminister fand um 3 Uhr nachmittags
im Schloß de la Tréneuse statt. Die Beratungen führ-

ten zum Abschluß eines Uebereinkommens. Es
wird darin dem deutschen Reichsgericht der direkte Ver-
kehr mit den Justizbehörden der Alliierten ohne Be-
nutzung des diplomatischen Weges zur Beschleunigung
des Verfahrens gegen die der Kriegsverbrechen Be-
schuldigten ermöglicht. Das Abkommen wurde in der
späteren Vollziehung genehmigt und unterschrieben.
— Diese Vollziehung trat um 1/5 Uhr zur Besprechung
der Kohlenfrage zusammen. Ministerpräsident
Millerand machte im Namen der Alliierten längere
Ausführungen, die darin gipfelten, daß Deutschland mit
den Kohlenlieferungen, zu denen es nach dem Friedens-
vertrage verpflichtet sei, im Rückstand sei. Die Alliierten
hätten deshalb bestimmte Beschlüsse gefaßt, die sie
Deutschland zur Unterzeichnung vorlegten. Nach diesen
Beschlüssen der Alliierten wird 1. den Kohlenanfor-
derungen Frankreichs die Priorität aus allen deut-
schen Förderungen gesichert und 2. eine alliierte Koh-
lenkontrollkommission mit dem Sitz in Ber-
lin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in
Deutschland geförderten Kohlen zu überwachen und zu
beaufsichtigen, 3. Deutschland zur Vorlage eines ge-
nauen Kohlenlieferungsplanes für seine
gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese
Kohlenkontrollkommission genötigt, 4. werden im Falle
der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen
der Reparationskommission bestimmte Straf-
maßnahmen in Aussicht genommen. — Minister
Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Dele-
gation, daß die deutsche Regierung nicht imstande
sei, ohne eingehende Besprechung mit den Sachverständigen
sich zu der Angelegenheit zu äußern. Es wurde
darauf gegen 7 Uhr abends eine neue Sitzung für Sam-
stag vormittag 11 Uhr angesetzt.

m. Berlin, 10. Juli. Wie die Germania zuver-
lässig erfährt, traf heute in den ersten Morgenstunden
bei der Reichsregierung in Berlin ein Telegramm aus
Spa ein, wonach unter der Entwaffnung der
Sicherheitspolizei keineswegs deren völlige
Entwaffnung oder gar deren Auflösung zu verstehen sei,
sondern vielmehr die Einziehung schwerer Waffen und
die Entmilitarisierung. Sonach würde also die Sicher-
heitswehr als reine Polizeitruppe fortbestehen.

m. Das „Berliner Tageblatt“ weist darauf hin, daß
in Spa gestern zum ersten Male Millerand den
Vorsitz übernommen habe und die Atmosphäre
sich geändert habe. Frankreich habe ursprünglich
beabsichtigt, im Ruhrrevier Kohlenkontrollkommissionen
einzusetzen, und zwar sechs Hauptabteilungen und zwei
Hafen-Umladestellen, insbesondere in Ruhrort, also eine
Art wirtschaftliche Besetzung. Die Eng-
länder seien aber dagegen gewesen und nunmehr
komme die Ueberwachungskommission nach
Berlin.

Ein Schlag gegen die deutsche Pressefreiheit.

Paris, 9. Juli. Es soll beim obersten Rat der An-
trag gestellt worden sein, auch eine alliierte Kon-
trollkommission für die deutsche Presse zu er-
nennen. Diese Kommission soll alle die alliierten Länder
betreffenden „unwahren Behauptungen“ in der deutschen
Presse richtig stellen lassen und im Falle der Weigerung
die deutsche Regierung verantwortlich machen.

Nur Ja oder Nein.

m. Brüssel, 9. Juli. (Havas.) Nachdem Dr. Si-
mons erklärt hatte, seine Kollegen und er seien zur Un-
terzeichnung nicht aber zur Annahme der
Strafbestimmungen bereit, bemerkte Lloyd
George, es gebe nur ein Ja oder Nein. — Darauf
unterzeichneten die Deutschen

hmz. Spa, 9. Juli. Nach der Unterzeichnung verließen General von Seeckt und die deutschen Militärfachverständigen den Beratungssaal sofort. Die Sitzung wurde dann wieder aufgenommen, um die Frage der Schuldigen zu behandeln.

Der deutsche Reichstag.

mz. Berlin, 9. Juli. In einer mit den Parteiführern, dem Hauptausschuß des Reichstages und dem Reichsrat gepflogenen Besprechung lösten die Bedingungen der Entente die schwersten Bedenken aus. Insbesondere erblickten die Parteien einmütig in der Drohung mit der Besetzung deutschen Gebietes eine schwere Gefährdung unserer staatlichen Existenz und der Herstellung eines ehrlichen, friedlichen Zusammenarbeitens.

Die Kohlen- und Wiedergutmachungsfrage.

hmz. Paris, 8. Juli. Bertinaz telegraphierte aus Spa dem „Echo de Paris“: Wenn das deutsche Ministerium sich fügt, so wollen wir hoffen, daß die Westmächte dieselbe Strenge in der Erledigung der Kohlen- und der Wiedergutmachungsfrage beweisen werden. Die Verteilung zwischen den Alliierten sei bis in die Einzelheiten fast geregelt. Belgien werde 8 Prozent erhalten und die Priorität behalten, die bis zu 50 Prozent der ersten internationalen Anleihe gehen könne.

Die „Verhandlungen“ in Spa.

Stinnes und Hué vor der Konferenz.

Spa, 10. Juli. Hugo Stinnes wandte sich in scharfer und eindrucksvoller Weise gegen die Drohung, daß die Entente bei Nichterfüllung der von ihr gestellten Bedingungen ins Ruhrgebiet einmarschieren würde. Sie würde dann keineswegs eine vermehrte Förderung erzielen, sondern die Folgen würden sofort ein wesentliches Herabsinken der Förderungsziffern sein. Die Bedingungen des Bergbaues seien ohnehin durch die Bedingungen des abgeschlossenen militärischen Abkommens außerordentlich erschwert, da es nur unter erheblichen Unruhen möglich sein werde, die einzelnen Punkte zur Durchführung zu bringen. — Als Vertreter der Bergarbeiter erklärte Hué, daß die deutsche Bergarbeiterschaft, die schon entkräftet durch die langjährige Hungerblockade unter ungünstigen Verhältnissen lebe, sich entschlossen habe, die Mehrforderungen an Kohle, die in erster Linie Frankreich zugute komme, durch Leistungen von Liebersichten zu erfüllen. Die Arbeiterchaft Deutschlands stehe aber, wie die Frankreichs, Englands und Amerikas auf dem Standpunkte, daß das erstrebenswerte Ziel die Sechsstundenschicht sei. Die ganze Kohlenfrage sei eine internationale Frage, die nur durch internationale Abmachungen gelöst werden könnte. Die Vertreter der deutschen Arbeiterchaft seien gern nach Spa gekommen, um an dieser internationalen Aufgabe mitzuarbeiten. Die Alliierten sollten aber nicht glauben, daß die Diplomaten am grünen Tisch irgend etwas feststellen könnten, wenn die Arbeiter nicht bereit wären, das auszuführen. Er erhoffe, daß die Alliierten ihnen Gelegenheit geben würden, in einer Sachverständigenkommission in nähere Besprechungen einzutreten.

hmz. Spa, 11. Juli. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas betonte, daß nachdem Delacroix Stinnes einen Ordnungsruf erteilt habe, dieser in seiner aggressiven Tonart fortgefahren sei. Er habe Angriffe gegen die schwarzen Truppen geschleudert. Hué habe in gemäßigttem Tone gesprochen und ernsthaft behauptet, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit ein Mittel sei zur Hebung der Erzeugung. Er schloß mit der Erklärung, daß die Diplomaten zwar einen Plan ausarbeiten könnten, der ihnen passe, daß aber die endgültige Entscheidung einzig und allein von den Bergleuten abhängt. Während der Sitzung gaben, so fährt der Bericht des Havas-Berichterstatters fort, die alliierten Vertreter sichtbare Zeichen der Ungeduld und der Entrüstung angesichts des Mandats der Deutschen, die erst mit dem Gespenst des Pan germanismus und dann mit der kommunistischen Gefahr drohten. Dieser plumpe Einschüchterungsversuch der deutschen Delegierten, der namentlich durch Stinnes, der sich als der geschickteste Mann zeigte, mit allem Nachdruck versucht wurde, hatte gerade die entgegengesetzte Wirkung als die von den Deutschen beabsichtigte. Hymans erklärte: Die Deutschen hätten durch ihre Haltung nur die einstimmige Mißbilligung der Gegenseite gefunden.

Spa, 10. Juli. In der heutigen Nachmittagsitzung der Konferenz erklärte Millerand im Namen der Alliierten, daß die Entente es für höchst wünschenswert halte, daß man sich mit Deutschland durch Sachverständigenberatungen über die Kohlenfrage so rasch als möglich einigte.

mz. Spa, 11. Juli. Die in der gestrigen Vormittagsitzung der Konferenz gehaltenen Reden des Reichsministers Simons sowie der Herren Stinnes und Hué scheinen ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben. Die Kohlenfachleute nahmen untereinander Zuhilfenahme. Ihre bisherigen Verhandlungen verliefen anscheinend

zufriedenstellend. Die Erörterungen über die Kohlenfrage dauern fort. — Die gestrige Nachmittagsitzung beschäftigte sich zum ersten Male mit der Finanzfrage und mit der Frage des Wiederaufbaues. Der Ton der Verhandlungen ließ nichts zu wünschen übrig.

Die Strafklausel.

mz. Berlin, 10. Juli. Beim Reichspräsidenten fand heute eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Gessler, Staatssekretär Albert und General von Seeckt, berichteten. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaffnung der Bevölkerung, d. h. also, das Einsammeln der in Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen, legte. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichsminister des Äußern zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlussformel der Unterschrift geht infolgedessen nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde, die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterschrift die Strafklausel nicht deckten. Es wurde weiter klargestellt, daß bei dem Nachdruck, womit die Einsammlung der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag verlangt wird, Deutschland hier alsbald zu einschneidenden Maßnahmen greifen müsse.

Das Kirchenprogramm der Unabhängigen.

DEK Als eine restlose Vergewaltigung der Kirche nach dem alten Voltaire'schen Rezept: *Ecrasez l'infame* (Mottet die schändliche Kirche) gibt sich der in der „Freiheit“ vom 23. Juni mitgeteilte Programmentwurf des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche. Die gesamten Kulturausgaben von Reich, Staat und Gemeinden werden verboten. In Berlin hat man ja damit schon den Anfang gemacht, indem den armen, nach Anspruch und Seelsorge verlangenden Kranken in den Gemeindefrankenhäusern der Parrer entzogen wurde. Die Religionsgemeinschaft wird wie etwas Ausstößiges behandelt. Kein Beamter, Angestellter oder Arbeiter im öffentlichen Dienst darf für ihre Zwecke verwendet werden. Konfessionelle Statistiken durch Behörden werden untersagt. Wissenschaft und Politik, die ohne solche Statistiken nicht auskommen können, werden vergewaltigt. Dabei ist bezeichnend für die diktatorische-einseitige, jeder Gerechtigkeit abholden Art „unabhängiger“ Freiheits-Phrasenhelden, daß die Mitglieder der U. S. P. im Reichstag fast ausnahmslos im Verzeichnis der Abgeordneten ihre „Konfession“ angaben; freilich gibt's bei ihnen nur Dissidenten, Konfessions- und Religionslose und Freireligiöse neben ein paar Juden. Gegen eine Zählung der Religionsfeinde hat man also nichts! Nur die Kirche soll die Jähren nicht kennen, und der Staat soll zugunsten unabhängiger Weltentrücktheit über die wirklichen Konfessionsverhältnisse in die Irre geführt werden.

Einen Ciertanz führt die U. S. P. wegen der Festtage auf. Selbst Adolf Hoffmann fühlt sich nicht mächtig genug, den Sonntag, Weibnachten, Ostern und Pfingsten abzuschaffen. Sie sollen mit zwei Ruhetagen erhalten bleiben. Aber im übrigen heißt es: „Kirchliche Feiertage werden nicht als gesetzliche anerkannt.“ Den Kommunisten wird das wahrscheinlich nicht weit genug gehen. Weiter: Bei Reichs-, Staats-, Gemeindefunktionen einschließlich der Schulen — aber ebenso wahrscheinlich auch der Gemeindefriedhöfe — dürfen die Feiern keine religiösen Feiern veranstalten oder auch nur anregen. Was war doch der die Christen verfolgende alte römische Kaiser Diocletian hiergegen für ein Stümper! Mit einem Federstrich beseitigten die Ledebour und Hoffmann sogar kirchliche Begräbnisse oder erschweren sie doch aufs äußerste! Daß eine derart auf offene Gewalt ausgehende Partei den Kirchen ausdrücklich den Charakter einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ abspricht, versteht sich von selbst. Die U. S. P. wird nichts dagegen haben, wenn die Kirchen zu Schauplätzen wütender Exzesse des Kirchen- und Religionshasses werden. Sie streicht ja überhaupt die Existenz der Kirchen, indem sie fordert, daß Religionsgemeinschaften „nur Vereine sind“ wie alle anderen, Regel- und Rauchklubs eingeschlossen. Als Mitglieder gelten nur solche, die sich nach Inkrafttreten dieser Regelung zum Beitritt neu melden. So glaubt man mit tausendjährigen Einrichtungen aufräumen zu können! Bewegliches

Eigentum der Kirchengemeinden soll zu öffentlichem Eigentum gemacht werden; Grundstücke und Baulichkeiten einschließlich der Kirchen werden verstaatlicht und nur von Fall zu Fall auf begrenzte Zeit vermietet, Bestattungsplätze werden Gemeinbesitz.

Ein solches Programm, das dem französischen Gesetz mit übertreibender religionsfeindlicher Gewaltanwendung nachgearbeitet ist, bedeutet einen Vorgesmack jener Diktatur, die die U. S. P. beabsichtigt. Von Freiheit ist in dem Programm keine Spur vorhanden, außer von der Freiheit zur Unterdrückung jeder nicht von der U. S. P. gebuldeten religiösen Ueberzeugung. So übertrumpft man das Erfurter Programm, daß die „Religion“ zur „Privatsache“ erklärt hatte. Wir überzeugungsstreue Christen müßten wenig Glaubensmut und sittliche Kraft haben, wenn wir uns von solcher Spottgeburt schrecken ließen. Die Gefahr ist groß. Um so größer muß auch der Widerstand sein!

Vermischte Nachrichten.

□ **Küdesheim**, 12. Juli. Der Magistrat gibt folgendes bekannt: In der Woche vom 13. bis 19. d. Mts. kommen folgende Lebensmittel zur Verausgabung: Bei den Metzgern am Mittwoch und Donnerstag, 14. und 15. ds. Mts., Schmalz; abgetrennt wird Nr. 36 der Fettkarte. Ferner in allen Geschäften Margarine, Haferflocken, Erbsen, Bohnen und Saccharin. Abgetrennt wird bei Hülsenfrüchten Nr. 17 der Lebensmittelkarte, für Margarine Nr. 37 der Fettkarte. Auf den Kopf entfallen:

Schmalz	250 Gramm	zum Preise von 9.— M.
Margarine	250	„ „ „ 6.25 „
Haferflocken	250	„ „ „ 1.15 „
Erbsen	500	„ „ „ 3.40 „
Bohnen	500	„ „ „ 4.70 „
Saccharin	1 Päckchen	„ „ „ 0.70 „

— Solange der Vorrat reicht, wird Freitag, 16. d. M., im alten Amtsgericht vormittags Dosenwurst ausgegeben. Der Preis für die Dose beträgt 12 M. — Samstag, 17. ds. Mts., vormittags von 8—12 Uhr erfolgt im alten Amtsgericht die Ausgabe von gegutterter und ungegutterter Dosenmilch zum Preise von 9 Mark die Dose. — Die am 3. ds. Mts. angemeldeten Herrensocken und Hemdentuch können von morgen ab gegen vorherige Abholung eines Bezugsscheins auf dem Lebensmittelamt, Soden bei Hl. Maria Riecht, Feldstraße, Hemdentuch bei F. A. Maria Riecht und G. Schwister Varius, Markt, gegen Vorkahlung in Empfang genommen werden. Das Paar Socken kostet 5.80 M., das Meter Hemdentuch 12.80 M.

+ **Geisenheim**, 10. Juli. Bei der gestrigen Güterversteigerung der Wilhelm Delaspee Erben wurden ganz riesige Preise erzielt. Die bezahlten Preise stellen teilweise so ziemlich das Höchste dar, was bisher für Liegenschaften hier bezahlt wurde. Die Weinberge kosteten bis zu 180 M., die Kute, 1 Wust M. 70.—, ein Acker in der Steingrube erzielt M. 115 pro Aker.

+ **Hammshausen**, 12. Juli. Die am 27. Februar d. J. hier stattgefundene Bürgermeisterwahl, bei welcher der frühere Bürgermeister Hilgers mit 8 gegen 6 Stimmen gewählt wurde (einschließlich der von ihm für sich selbst abgegebenen Stimme), wurde sowohl vom Kreisamtschuh als auch vom Herrn Regierungspräsidenten für ungültig erklärt. — Die Neuwahl war nun auf vergangenen Samstag, den 10. ds. Mts., angesetzt und hatte das erwartete Ergebnis, daß der Gegenkandidat des Herrn Hilgers, Herr Verwaltungsbeamter Paul Groß, Bierstadt bei Wiesbaden, von den vollständig anwesenden Mitgliedern der Gemeindefürsorge einstimmig für 12 Jahre zum Bürgermeister unseres Ortes gewählt wurde. — Wir hoffen, daß nunmehr, nach langen Jahren der Zwietracht, wieder Ruhe und Friede in unserer Gemeinde einkehrt, und zweifeln nicht, daß Herr Groß durch unparteiische Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit — die erste Vorbedingung für ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen Bürgermeister und Gemeinde —, nach Kräften dazu beitragen wird, dieses von der ganzen Bevölkerung sehnlichst gewünschte Ziel zu erreichen.

Godsberg, 9. Juli. Die Lehranstalt Evangelisches Pädagogium ist von einem großen Schornstein heimgesucht worden. Der Brand, dessen Ursache noch nicht feststeht, ergriff zunächst den Dachstuhl und das oberste Geschoss des Hauses, das das größte Gebäude der Stadt ist. Die umfangreichen Wohnungen der Schüler wurden zerstört. Der neunzig Meter hohe Turm stürzte ein. Die große Aula mit wertvollen Gemälden von Theodor von Hocholl wurden vernichtet. An den unteren Geschossen gelang es, dem Feuer Herr zu werden.

Köln. — „Man muß sich genau vergewissern, ehe man in einen Zug einsteigt,“ sagte der Präsident des englischen Kriegsgerichts, „ob auch alles stimmt.“ Sechs Leute hatten das nicht getan und übersehen, daß ein ganzer Eisenbahnwagen laut Aufschrift für Offiziere der Alliierten reserviert war. Die Personen, darunter zwei Eisenbahnbeamte, waren in Köln-Eld eingestiegen und wurden auf dem Hauptbahnhof festgehalten. Die Fahrt war enorm teuer, denn jeder bezahlte vor dem Kriegsgericht 200 Mark.

Essen, 9. Juli. Die Kohlenförderung der Zechen im Ruhrrevier ging in der vergangenen Woche (vom 28. Juni bis 3. Juli) noch weiter zurück. Die Beteiligung an den vertraglich zu verfahrenen Ueberschichten nimmt ab. Eine Reihe von Belegschaften hat auf Beschluß des Betriebsrates die Ueberschichten eingestellt. Als Hauptgrund hierfür wird die schlechte Brotversorgung bezeichnet. — Die Kohlenförderung im Saargebiet ging im Mai auf 709766 Tonnen (April 734665 Tonnen) zurück.

— Schweres Explosionsunglück in einer Versammlung. In der Tonhalle zu Hagen hielt der Internationale Bund für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Montagabend eine Versammlung ab, um für den Völkerrfrieden und die Völkerverständigung zu demonstrieren. Als der Redner, der Bundesvorsitzende Tiedt aus Berlin, den dichtgefüllten Saal betrat, explodierte plötzlich ein in der Nähe des Rednerpultes stehender eiserner Ofen. Etwa 40 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Der Saal gleicht einem Trümmerhaufen. In dem Ofen waren noch einige Handgranatenköpfe aus den Mäzugen ohne Wissen des Wirtes versteckt und sie scheinen durch einen in den Ofen geworfenen, noch glimmenden Zigaretten- oder Zigarrenrest entzündet worden zu sein.

Berlin, 9. Juli. Die Abendblätter bringen Meldungen über Anzeichen eines bevorstehenden polnischen Putzsches im ost- und westpreussischen Abstimmungsgebiet. Aus Marienwerder kommt die Nachricht, daß 500 polnische Zivilisten im Agmarich seien, und daß die Polen eine Störung der Abstimmung planen. In Deutsch-Enstau kam es bereits zu schweren Ausschreitungen der Polen. Im Kreise Stuhm deuten zahlreiche Waffenfunde auf Putzschvorbereitungen hin. Polnische Agenten versuchen unter der Maske deutscher Patrioten unter Hinweis auf den nahen Zusammenbruch Polens infolge der russischen Siege die deutsche Bevölkerung und die deutschen Grenztruppen

zu einem Einfall in Polen zu bewegen, um dadurch den Aufschub der Abstimmung rechtfertigen zu können.

Neueste Nachrichten.

Dem Zwange gefügt.

Berlin, 9. Juli. Die Blätter billigen die Unterzeichnung der Entwaffnungsbedingungen durch die Deutschen in Spa, indem sie betonen, daß ein anderer Ausweg nicht möglich war. Die „Germania“ hebt hervor, daß sich die Deutschen nur dem Zwange gefügt hätten und daß die Verantwortung für die Folgen der Entente überlassen werden müsse. Die Drohung der Befehung des Ruhrgebiets nennt das „Berliner Tageblatt“ eine Politik mit dem Revolver in der Hand. Der „Vorwärts“ fragt mit Bezug auf die Androhung der Befehung des Ruhrgebiets, wo der Völkerbund sei, der zum Schutze des Friedens und zur Beilegung internationaler Streitigkeiten ohne militärische Gewaltanwendung dienen solle.

Rache und Mord.

Köln, 9. Juli. Das jetzt in Spa erzielte Ergebnis kann auf keinen Fall als eine freie Vereinbarung zwischen Verhandlungsparteien angesehen werden. Es ist ein Diktat, für dessen Folgen die Verbandsregierungen lesten. Endes die Verantwortung tragen. Nichtsdestoweniger muß, wie die Kölnische Zeitung betont, die deutsche Regierungsgewalt bestrebt sein, in der kürzesten Frist eben das durchzuführen, wofür innerhalb einer längeren Frist die deutschen militärischen Sachverständigen ihrerseits eine gewisse Erfüllungsmöglichkeit erblicken konnten. Mit sanften Mitteln geht es nicht mehr. Gewalt muß riskiert werden. Die Herren Unabhängigen werden jetzt beweisen müssen, wie ernst es gerade ihnen mit der Ausführung des Friedensvertrages sein wird, wofür sie sich gerade als Sachverständiger hinzustellen berufen fühlten, Arbeiterbarillone, von denen sie träumen, und ähnliche Scherze müssen sie beiseite lassen. Daß der Verband alle Mittel zur Erzwingung der in den jüngsten Noten angegebenen Fristen, wenn nicht noch weitere Zwangsmahnahmen darüber hinaus, in Anwendung gebracht hätte, steht außer Zweifel. Nicht zuletzt dürfte das Kabinett in seinem Entschluß durch den Willen bekräftigt worden sein, über die militärische Frage hinaus endlich einmal zu einer vernünftigen und klaren Aussprache zu kommen. Freilich hat man wiederum, nachdem vorgestern die Lage etwas erleichtert schien und gestern der Himmel wieder bewölkt war, das Gefühl eines Rache- und Mordspiels. Aber es ist unter dem Druck des Friedensvertrags selbst eine

andere bessere Lösung, man mag hin- und herdenken wie man will, kaum möglich.

Das Turnen in Frankreich obligatorisch.

Paris, 9. Juli. Im Senat erklärte der Kriegsminister Lefèvre zur Frage der Militärdienstpflicht, alle Welt sei von dem Wunsche befeet, den Militärdienst zu verringern, und man müsse daher eine militärische Vorbereitung wie in Belgien organisieren, das das Turnen obligatorisch in dem Unterricht eingeführt habe. Es sei notwendig, daß dieser Unterricht in Frankreich obligatorisch werde; denn er werde die Lasten der Nation vermindern und den Militärdienst einschränken. Jedermann, Familie, Gemeinde und Staat, müßten die notwendigen Opfer bringen; das Entgelt werde die Herabsetzung der Kasernenzeit für die Jugend sein.

Polens Bier nach Oberschlesien.

London, 9. Juli. Laut Preßmeldungen hat ein polnischer Abgesandter in Spa den Journalisten erklärt, Polen werde nie auf Oberschlesien verzichten, und hinzugefügt, General Foch und General Wilson berieten darüber, wie man Polen militärisch zu Hilfe kommen könne. Die Polen hätten General Foch Dokumente unterbreitet, die Deutschlands Absicht, Polen zu bekriegen, bewiesen. Polen begreife durchaus, daß ein Bündnis zwischen Frankreich, Belgien und Polen notwendig sei, um den Kampf gegen den gemeinsamen Feind von gestern und heute fortzusetzen.

London, 9. Juli. (Reuter.) Am 1. Juli erhielt die polnische Armee den Befehl zum Rückzug auf der ganzen Front. Dieser rasche Rückzug bedingte die Aufgabe von Minsk und Nowo, die in die Hände der Roten Truppen fielen.



System „Müller“

Scheunenbauten Landw. Bauten jeder Art

Feldscheunen, Hofscheunen, Gersteschuppen, Arbeiterhäuser, Stallungen

Broschüre und Preisangebote kostenlos!

164 AMBI, Abt. I/J 31 **Berlin-Johannisthal.**

Verantw. Schriftleitung: J. B. Meß, Rüdesheim.

Anonyme Einsendungen werden nicht berücksichtigt.

Zahnpraxis

Elly Lange

Rüdesheim a. Rh., Markt 13, Fernsprecher 303.

Sprechstunden von 9—12 und 2—5 1/2
Sonntags nur auf vorherige Anmeldung.

Zahnziehen, auch schmerzlos.

Anfertigung sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.

Spez.: Moderner gaumenloser Zahnersatz.

Schonendste Behandlung.



J.B. Gregorius

Juwelier

Bingen Rhein

Rathausplatz (Kirchstr. 33)

St. Wendel

u. Schiffweiler.

Auf alle Waren
mit Ausnahme von Brillanten
gewähre

25%

Preis-Nachlaß.

Färberei und chem. Reinigung

Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telephon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Reinigen und Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben

sowie **Teppiche, Möbelstoffe** usw.

Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden.

Lieferzeit 8—10 Tage, Trauersachen 24 Stunden.

Prompte Bedienung. — Solide Preise.

Annahme für Rüdesheim und Umgegend:

Herr Schneidermeister **Schön**, Neustrasse 12.

Für **Aßmannshausen:**

Herr Schneidermeister **Reutershan**, Höllenbachstrasse 1.

Für die Reisezeit!

Sacco-Anzüge	M. 220.—, 600.—, 1000.—, M. 1500.—, 1900.—
Sport-Anzüge	M. 370.—, 750.—, 1300.—
Sport-Paletots	M. 420.—, 900.—, 1350.—
Hosen	M. 30.—, 75.—, 150.—, M. 225.—, 300.—

Echte imprägnierte Münchener Loden-Mäntel
und Capes für Herren und Damen.

Sporthosen, Westen, Gürtel, Strümpfe und Gamaschen.

Cutaway-Anzüge :: Hochzeits-Anzüge

:: **Fantastie Westen** ::

Preiswerte Herrenstoffe :: Maßanfertigung.

Bruno Wandt, Wiesbaden

Kirchgasse 56.

Öffentliche Bekanntmachung.

In dem Genossenschaftsregister 23 ist heute bei dem **Salzgarter Winzerverein, E. G. m. u. H.** zu **Salzgarten** folgendes eingetragen worden:
Durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. 2. 1919 ist § 32 der Statuten dahin abgeändert worden, daß alle öffentlichen Bekanntmachungen im Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt in Neuwied erfolgen.
Rüdesheim a. Rh., den 12. Mai 1920.

Amtsgericht.

Öffentliche Bekanntmachung.

In das Handelsregister A ist bei der Firma **F. Johns Sohn** zu **Geisenheim** heute eingetragen worden:
Dem Kaufmann **Wendelin Selterbach** ist Procura erteilt.
Rüdesheim a. Rh., den 2. Juli 1920.

Amtsgericht.

Welsaatenumtausch!

Meine Welsfabrik ist für die Kreise Wiesbaden, Mainz, Groß-Berau, Höchst, Königstein, Langenschwalbach und Rüdesheim: zugelassen und tausche ich ab **15. Juli 1920**

sämtliche Welsaaten

gegen auf meine Mühle ausgestellte Erlaubnisheine. St. Verordnung können Erzeuger **200 Kilo Raps** für sich verarbeiten lassen. Salatöl wird auf Wunsch für jede Saat verabreicht.

Philipp L. Fauth, Speiseölsfabrik,
Dogheim bei Wiesbaden.



Todes-Anzeige.

Gestern vormittag 8 $\frac{1}{4}$ Uhr wurde uns durch einen Herzschlag meine innigstgeliebte Gattin, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Christine Reichert

geb. Mosler

plötzlich und unerwartet entrissen.

Um stille Teilnahme bitten

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Jakob Reichert,
Josef Reichert,
Marie Reichert.

Rüdesheim a. Rh., 12. Juli 1920.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 13. Juli, nachmittags 4 $\frac{1}{4}$ Uhr vom Sterbehause aus (Feldstrasse 4) statt, die feierlichen Exequien Mittwoch früh 7 Uhr.

Auto-Reparatur-Werkstätte

Albert Crone

Rüdesheim a. Rh., Langgasse 1

empfiehlt sich in allen vorkommenden Reparaturen an Kraftwagen, Boots- und stationären Motoren für Benzin, Gas und Öl aller Systeme und Reparaturen an Maschinen, Heizungs-Anlagen.

Annahme von Dreh-Arbeiten.

Autogen-Schweißerei.

Ankauf von Metallen zu den höchsten Preisen.

Möbl. Zimmer

mit Kaffee zu vermieten.
Näher. in der Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Sportwagen,

einfacher, sehr gut erhalten, zu verkaufen.

Näher. in der Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Prima weiße Bohnen,

200 Pfund mit Sach Mk. 400.—.

Prompter Versand ab hier gegen Nachnahme.

Hafer, Heu, Futtermittel

offertieren billigst

S. Weis & Co., Wiesbaden.

Ein in Rüdesheim stehendes, mit
gehöriges

Piano

soll anderweitig vermietet eventl. verkauft werden.

A. Faaber, Pianofabrik,
Mainz.

Portlandzement Mark 40.00 per 50 kg
inkl. Sach

Weißtuchkalk „ 1950.00 „ 10 Tonnen

Falzziegel „ 1550.00 „ 1000 St.

Bieberschwänze „ 790.00 „ 1000 St.

Backsteine, Schwemmsteine, Cementziele,

Gips, sowie alle weiteren Baumaterialien

prompt lieferbar.

**Westdeutsche Bau- und Industrie-
Gesellschaft, Wiesbaden.**

Prima Salinensalz

(kein Steinsalz)

Biehsalz,

Hafer,

Haferkleie,

Melasse,

Trockenschmelz

am Lager

Altes u. neues Kleeheu

in Wagenladungen zu billigsten Tagespreisen.

Georg Strauß, Geisenheim,

Marktstraße 24. Telefon 240.

Kaufe alle Sorten

Brennholz

und erbitte Angebote mit Lieferzeit, Länge und
Sopf.

Michael Kleinmann,

Coblenz, Schloßstraße 31.

Fernruf 2437.

Tel.-Adr.: Holzvertrieb.

Oberwesel am Rhein

Hotel Gertum

Herrliche Rheinterrassen

Kaffee-Konzerte.

Allgemein beliebt bei Ausflügen.

Weinberge

zu kaufen gesucht.

Genaue Angaben über Lage, Rebart, Größe, Alter und Preise an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter Q. 200 erbeten. Vermittler dankend verbeten.

Echtiges, vertrauens-
würdiges

älteres Mädchen oder
alleinstehende Frau,
perfekt in gut bürgerlichem
Kochen, erfahren in allen
Zweigen des Haushaltes,
in kleines Einfamilienhaus
zu 2 Personen (Mutter
u. Sohn) bei hohem Lohn
per sofort oder später ge-
sucht. Hilfe für grobe
Arbeit vorhanden. Rei-
spesen für Vorstellung wer-
den vergütet.

Schneider, Mainz,
Uferstraße 15.

**Fußbodenöl,
Leinöl, Siccativ,
Terpentinöl,
Lücherleim,**

**Kreide, Leimerde,
Gyps,**

sowie alle

Öl- u. Lackfarben,
trocken und pinselfertig,
empfiehlt

J. Magnus,

Wilhelmstr., Rüdesheim.

Auch übernehme ich das
Herstellen von Fußböden
bei billigster Berechnung.

Einige

Tannenstämme,

sowie erster und zweiter
Klasse

Tannenstangen

abzugeben.

Näher. in der Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Wer übernimmt

Kommissionslager in Weinkisten?

Angebote mit gleich-
zeitigen Referenzen

Ranbacher Sägewerk

Richard Herrmann,

Ranbach i. Th.

Die am 7. Juli abends
von mir am Güter-
bahnhof bei Gelegenheit
der Schlachtviehverteilung
gegen Hrn. Kreisaußschuß-
Assistenten Opiß aus-
gesprochenen Beleidigungen
nehme ich hiermit mit
dem Ausdruck des Be-
dauerns zurück.

Philipp Rosenbach.

DÜRKOPP

PERSONENWAGEN NUTZWAGEN

TOUREN-SPORT- &
LUXUSWAGEN



LIEFERUNGS- &
LASTKRAFTWAGEN
LASTZÜGE

Verkaufsstelle: **W. AMBERGER, Rüdesheim a. Rh.,** Fernsprecher 8. Untervertreter gesucht.

DÜRKOPPWERKE A.G. BIELEFELD

